



Detailansicht des Registereintrags

D64 - Zentrum für digitalen Fortschritt e.V.

Aktuell seit 03.09.2026 16:29:53

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000251
Ersteintrag:	01.02.2022
Letzte Änderung:	03.09.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	10.08.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Chausseestraße 5 10115 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493057714256 E-Mail-Adressen: info@d-64.org Webseiten: https://d-64.org/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge,
Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,25

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Svea Windwehr

Funktion: Co-Vorsitzende

2. Marlene Straub

Funktion: Beisitzerin

Tätigkeit:

Referentin

im Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) oder dessen Geschäftsbereich

3. Erik Tuchtfeld

Funktion: Co-Vorsitzender

4. Dirk Schoemakers

Funktion: Beisitzer

5. Kathrin Kloppe

Funktion: Schatzmeisterin

Tätigkeit:

Referentin

im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) oder dessen Geschäftsbereich

6. Bendix Sältz

Funktion: Beisitzer

7. Monika Ilves

Funktion: Beisitzerin

8. Anna Lob

Funktion: Beisitzerin

9. Yannick Müller

Funktion: Beisitzer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (12):

1. Ulrich Berger

2. Johann Lensing

3. Raewyn Leipold-Olszówka

4. Natalia Giraldo Noack

5. Svea Windwehr

6. Marlene Straub

Tätigkeit:

Referentin

im Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) oder dessen Geschäftsbereich

7. **Erik Tuchtfeld**

8. **Dirk Schoemakers**

9. **Bendix Sältz**

10. **Monika Ilves**

11. **Anna Lob**

12. **Yannick Müller**

Gesamtzahl der Mitglieder:

754 Mitglieder am 23.06.2025, ausschließlich natürliche Personen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (26):

Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; EU-Gesetzgebung; Institutionelle Fragen der EU; Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Cybersicherheit; Extremismusbekämpfung; Kriminalitätsbekämpfung; Opferschutz; Terrorismusbekämpfung; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Massenmedien; Meinungs- und Pressefreiheit; Urheberrecht; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Verwaltungstransparenz/Open Government; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

D64 ist das Zentrum für digitalen Fortschritt.

Wir begreifen die digitale Transformation als große Chance, das Miteinander unserer modernen Gesellschaft zu verbessern. Die soziale, ökologische, technologische und politische Entwicklung wollen wir konstruktiv, kritisch und kreativ mitgestalten. Durch direkte Anschreiben, Positionspapiere, Stellungnahmen oder „Get-Together“ bei Veranstaltungen von D64 (Diskussionsveranstaltungen, Empfänge, Konferenzen etc.) wird der unmittelbare Kontakt zu Politiker:innen, insbesondere Mitgliedern des Deutschen Bundestages, gesucht. Unser Ziel ist es, die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch eine progressive Digitalpolitik zu verwirklichen. Dafür wirken wir mit Hilfe der breitgefächerten Expertise unserer Mitglieder als

unabhängiger Verein, der in allen Themenbereichen der Digitalisierung vordenkt und Impulse gibt. Darüber hinaus organisieren wir Austausch- und Informationsveranstaltungen, zu denen wir regelmäßig auch Mitglieder des Deutschen Bundestages einladen, um sie von unseren Positionen zu überzeugen.

Grundlage der Arbeit von D64 ist die Vernetzung, der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern und externen Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik. Zum Zwecke der Interessenvertretung werden daher auch Gespräche mit Vertreter:innen verschiedener Bundesministerien und Mitgliedern der Bundesregierung sowie deren Mitarbeiter:innen geführt, um Veränderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern zu erläutern, die die soziale, ökologische, technologische und politische Entwicklung der digitalen Transformation betreffen. Ziel der Interessenvertretung ist es, die zivilgesellschaftliche Perspektive einzubringen und Impulse für eine progressive Gesetzgebung zu geben. In diesem Rahmen werden auch parlamentarische Mittagessen und Diskussionsveranstaltungen organisiert, zu denen Regierungsmitglieder, Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Vertreterinnen und Vertreter von Ministerien eingeladen werden.

Konkrete Regelungsvorhaben (13)

1. Gesetz gegen digitale Gewalt

Beschreibung:

D64 kritisiert die geplante Ausweitung der Auskunftsansprüche zur Aufhebung der Anonymität. Dies gefährdet insbesondere vulnerable Gruppen wie Journalist:innen und politische Aktivist:innen. D64 fordert daher eine Beschränkung der Auskunftsansprüche auf Straftaten. Positiv bewertet D64 richterlich angeordnete Accountsperrern und betont die Notwendigkeit kollektiver Rechtsverteidigung. D64 fordert auch bessere Beratungsangebote für Opfer von Hass im Netz, eine Überarbeitung der Impressumspflicht und den Schutz persönlicher Daten im Strafverfahren. Zur effektiven Strafverfolgung im digitalen Raum sollen die Digitalkompetenzen der Strafverfolgungsbehörden verbessert werden. Neue Strafgesetze oder Datenspeicherungen sind nicht erforderlich, sondern ein gezieltes rechtsstaatliches Vorgehen.

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kriminalitätsbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#); Massenmedien [\[alle RV hierzu\]](#); Meinungs- und Pressefreiheit [\[alle RV hierzu\]](#); Opferschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Terrorismusbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#); Urheberrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Verordnung des Europäischen Parlaments & des Rates zur Festlegung von Vorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern

Beschreibung:

D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt fordert die EU-Kommission auf, den Entwurf zur Einführung einer umfassenden Kontrolle sämtlicher Kommunikationsinhalte zu stoppen. Dieser Entwurf gefährdet das grundrechtlich geschützte Kommunikationsgeheimnis, indem er Hosting-Anbieter und Anbieter interpersoneller Kommunikationsdienste verpflichtet, Kommunikation auf Abbildungen von Kindesmissbrauch und Grooming zu überprüfen, was die Vertraulichkeit der Kommunikation aufhebt. D64 lehnt diese Maßnahmen ab und fordert, dass die Einführung solcher Kontrollmechanismen dauerhaft ausgeschlossen wird.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 337/22 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Vorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Institutionelle Fragen der EU [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Massenmedien [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602030019** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

3. **Gesetz zur Einführung einer Sicherungsanordnung für Verkehrsdaten in der Strafprozessordnung**

Beschreibung:

D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt fordert die Einführung des Verfahrens "Login-Falle" zur Strafverfolgung im Internet ohne Massenüberwachung. Nutzer:innen können potenzielle Straftaten direkt auf der Plattform melden, was von Strafverfolgungsbehörden überprüft wird. Bei Anfangsverdacht wird nach richterlicher Anordnung beim nächsten Login automatisiert die IP-Adresse des Verdächtigen ermittelt und an die Behörden übermittelt. Ziel ist es, eine effektive Strafverfolgung zu ermöglichen, ohne Anonymität und Grundrechte im Internet zu gefährden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Sicherungsanordnung für Verkehrsdaten in der Strafprozessordnung

Datum des Referentenentwurfs: 25.10.2022

Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Extremismusbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#); Kriminalitätsbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#); Massenmedien [\[alle RV hierzu\]](#); Meinungs- und Pressefreiheit [\[alle RV hierzu\]](#); Opferschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

4. Ausgestaltung des geplanten Dateninstituts**Beschreibung:**

D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V. bezieht Stellung zur Gründung eines Dateninstituts, das Datenverfügbarkeit und -standardisierung vorantreiben sowie Datentreuhändermodelle und Lizenzen etablieren soll. D64 fordert, Schlüsselpositionen der Dateninfrastruktur sektorenübergreifend beim Institut anzusiedeln und eine ausreichende Grundlagenfinanzierung sicherzustellen. Transparenz und öffentliche Kontrolle sind wesentlich, einschließlich der Offenlegung aller Use Cases und Evaluierungen. Zudem soll das Institut finanzielle Anreize vermeiden, um Vertrauen bei allen Stakeholdern zu gewährleisten.

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#); Verwaltungstransparenz/Open Government [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

5. Unabhängigkeit des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)**Beschreibung:**

D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt e.V. lehnt die Änderung des Beamtengesetzes ab, die eine vereinfachte Abberufung der BSI-Präsidentin ermöglicht. Diese Änderung widerspricht dem Koalitionsvertrag und der Sicherheitsstrategie der Bundesregierung, die eine unabhängige Aufstellung des BSI vorsehen. D64 fordert, das BSI ähnlich den Datenschutzbehörden unabhängig zu machen, um sicherzustellen, dass es glaubwürdig für starke IT-Sicherheit eintreten kann. Dies ist notwendig, damit Unternehmen und Bürger:innen Vertrauen in das BSI haben und keine IT-Sicherheitslücken auf Bitten von Sicherheitsbehörden offengehalten werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/6436 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bevölkerungsstatistikgesetzes, des Infektionsschutzgesetzes und personenstands- und dienstrechtlicher Regelungen
Zuständiges Ministerium: [BMI \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[BBG 2009](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Verwaltungstransparenz/Open Government [\[alle RV hierzu\]](#)

6. Reform der Impressumspflicht im Digitale-Dienste-Gesetz

Beschreibung:

D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V. fordert im Rahmen des neuen Digitale-Dienste-Gesetzes eine Reform der Impressumspflicht, um politisch aktive Personen vor der Veröffentlichung ihrer Privatadresse zu schützen. Zudem kritisiert D64 den geplanten Personalzuwachs beim Bundeskriminalamt zur Umsetzung des Digital Services Act, da dies eine verstärkte Überwachung des digitalen Raums durch staatliche Sicherheitsbehörden bedeuten könnte. Positiv bewertet D64 die starke Einbindung der Zivilgesellschaft in den Beirat der Koordinierungsstelle für digitale Dienste, wodurch ein konstruktiver Austausch bei der Umsetzung des DSA gewährleistet wird.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 676/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

DDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

7. Paradigmenwechsel zu Open Source in der Verwaltung anstoßen

Beschreibung:

D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V. setzt sich im Kontext des OZG-Änderungsgesetzes für einen Paradigmenwechsel hin zu Open Source in der Verwaltung ein. Das Ziel ist, verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen zu etablieren, die die Entwicklung und Nutzung offener Software fördern und institutionell verankern. Dies soll eine nachhaltige digitale Transformation unterstützen und sicherstellen, dass öffentliche Gelder effizienter eingesetzt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 93/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften zur Digitalisierung der Verwaltung (OZG-Änderungsgesetz - OZGÄndG)

Betroffenes geltendes Recht:

OZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406260138** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.05.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

8. **Menschenrechte schützen - Biometrische Fernidentifizierung verbieten**

Beschreibung:

D64 fordert den Deutschen Bundestag auf, jede Form der biometrischen Fernidentifizierung in Deutschland zu verbieten. Obwohl der AI Act der EU biometrische Überwachung im öffentlichen Raum grundsätzlich verbietet, erlauben zahlreiche Ausnahmen dies für Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden. Ein nationales Verbot soll den Schutz der Menschenrechte sicherstellen und das ständige Gefühl der Überwachung vermeiden. Dies steht im Einklang mit dem Koalitionsvertrag, der biometrische Erkennung im öffentlichen Raum ablehnt und das Recht auf Anonymität betont.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/1199](#) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen bzw. nicht überwiesenen Unionsdokumente - (Eingangszeitraum: 28. Februar bis 4. März 2022)

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/12806](#) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/12805](#) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems

Betroffenes geltendes Recht:

[BDSG 2018](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [BKAG 2018](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [BGSG 1994](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [StPO](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Extremismusbekämpfung

[alle RV hierzu]; Institutionelle Fragen der EU [alle RV hierzu]; Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU [alle RV hierzu]; Terrorismusbekämpfung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (6):

1. SG2406260139 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2406280170 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2409130010 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.08.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. SG2409130011 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.08.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. SG2409130012 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. SG2409130013 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

9. Ablehnung der Vorschläge des so genannten Sicherheitspakets

Beschreibung:

D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V. lehnt den Gesetzesentwurf ab und wendet sich an Bundestagsabgeordnete, damit diese den Gesetzesentwurf ablehnen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13415 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu der dritten Beratung des Gesetzesentwurfs der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Drucksachen 20/12805, 20/13413 - Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. SG2506230028 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2506230030 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

3. SG2506230031 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. SG2506230032 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

10. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer IP-Adressspeicherung und Weiterentwicklung der Befugnisse zur Datenerhebung im Strafverfahren

Beschreibung:

Am 22. Dezember 2025 hat das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz einen Referentenentwurf zur Einführung einer dreimonatigen Speicherpflicht für IP-Adressen veröffentlicht. Während wir begrüßen, dass die verfassungs- und europarechtlich unhaltbare präventive Speicherung von Standort- und Verkehrsdaten endlich aus dem Gesetz gestrichen werden soll, bleiben die neuen Eingriffe ein fatales Signal für den Schutz der Grundrechte im digitalen Raum. Statt anlassloser Massenüberwachung fordert D64 grundrechtsschonende Alternativen: Die Login-Falle ermöglicht effektive Strafverfolgung bei Cybergrooming oder Hassrede, ohne alle unter Generalverdacht zu stellen. Alternativen sind auch Quick-Freeze und gezielte Sicherungsanordnungen statt Speicherpflicht,

Referentenentwurf:

Gesetz zur Einführung einer IP-Adressspeicherung und Weiterentwicklung der Befugnisse zur Datenerhebung im Strafverfahren (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 22.12.2025

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StPO [alle RV hierzu]; TKG 2021 [alle RV hierzu]; DDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Massenmedien [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602030013 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

11. Einführung eines Digitalen Omnibuspakets auf EU-Ebene

Beschreibung:

D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt e. V. setzt sich kritisch mit dem „Digitalen Omnibus“ der Europäischen Kommission auseinander und warnt vor einer Schwächung bewährter Datenschutzstandards. Ziel unserer Initiative ist es, eine Deregulierung zu Lasten der Bürgerrechte zu verhindern, insbesondere durch die Ablehnung einer verkürzten Definition personenbezogener Daten und die Privilegierung von KI-Systemen bei der Verarbeitung sensibler Daten. Wir fordern stattdessen eine echte Entlastung von Anwender:innen durch die stärkere Inpflichtnahme von Herstellern sowie die Beibehaltung hoher Transparenz- und Kontrollrechte, um das Schutzniveau der DSGVO und das Vertrauen in digitale Technologien zu sichern.

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Massenmedien [\[alle RV hierzu\]](#); Opferschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602030016** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.01.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [\[alle SG dorthin\]](#)

12. **Konsultationsverfahren der Bundesregierung zum Deutschland-Stack**

Beschreibung:

D64 begrüßt den Deutschland-Stack als entscheidenden Schritt hin zu einer offenen, interoperablen und souveränen digitalen Verwaltung. Wir plädieren für die konsequente Umsetzung der Leitprinzipien Offenheit, Nachvollziehbarkeit, Wiederverwendbarkeit und Beteiligung. Unsere Interessenvertretung fordert, dass Basiskomponenten unter freien Lizenzen entstehen („Public Money – Public Code“) und aktiv zur Nachnutzung befähigt werden. Wir setzen uns für einen verbindlichen Governance-Rahmen, föderale Betriebsmodelle sowie eine Referenzarchitektur mit klaren Schnittstellen-Verträgen ein. Zudem fordern wir verbindliche Kriterien für digitale Souveränität beim Einsatz von Hyperscalern und KI-Plattformen sowie eine transparente Partizipation durch offene Issue-Tracker.

Betroffenes geltendes Recht:

OZG [\[alle RV hierzu\]](#); EGovG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#); Verwaltungstransparenz/Open Government [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602030018** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
(BMDS) [\[alle SG dorthin\]](#)

13. **Offener Brief "Medienkompetenz statt pauschaler Smartphone-Verbote"**

Beschreibung:

Gefordert werden die Stärkung der Medienkompetenz, die Ablehnung pauschaler Medienverbote sowie die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen zur Medienregulierung.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602030020** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.08.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)
Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)
Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 240.001 bis 250.000 Euro

Im April 2024 haben wir das Projekt „Code of Conduct Demokratische KI“ gestartet, in dem wir gemeinsam mit anderen gemeinwohlorientierten Organisationen eine Selbstverpflichtung für den verantwortungsvollen Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Zivilgesellschaft erarbeiten. Das Projekt wird bis Ende 2025 durchgeführt und wird vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Im Rahmen des Projektes entstand unter anderem das White Paper „Freiheit als zentraler Wert für den Einsatz von KI in der Zivilgesellschaft“. Das White Paper führt mit dem „KI-Wertekompass“ ein praxisnahes Tool ein, das Organisationen dabei unterstützt, ihre ethischen Prioritäten beim Einsatz von KI zu definieren.

2. **Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Neustrelitz

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Der Verein lebt vom Engagement unserer Mitglieder, weshalb uns die Förderung von digitalem Ehrenamt und Engagement wichtig ist. Im Juli 2024 haben wir das Projekt „Vernetzung Neu Denken: Aufbau einer Community von HumHub-Nutzenden in der Zivilgesellschaft“ gestartet. Im Projekt bauen wir eine gemeinwohlorientierte HumHub-Community auf, koordinieren den fachlichen Austausch zu Barrierefreiheit und Open-Source-Ökosystemen und initiieren die Umsetzung von HumHub-Schlüsselfunktionen. Das Projekt wird bis Ende 2025 durchgeführt und wird von der Deutschen Stiftung Engagement und Ehrenamt (DSEE) gefördert.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

140.001 bis 150.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. **JUST Open Source Stiftung**

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

Förderung für das Projekt Dezentralisierung als Wert und Praxis.

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

80.001 bis 90.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

D64-Jahresabschluss-2025.pdf